



## Resolution

### **Pandemie und psychische Gesundheit: Versorgungslücken für psychisch kranke Kinder und Jugendliche müssen geschlossen werden!**

**Beschluss der Delegiertenversammlung der Psychotherapeutenkammer Hessen vom 01. April 2023**

Auch nach Ende der akuten Phase der Corona-Pandemie besteht weiterhin ein erhöhter Behandlungsbedarf für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in Folge dieser Pandemie. Die deutlich gestiegene Nachfrage in kinder- und jugendpsychotherapeutischen Praxen sowie eine Vielzahl an Studien (Abschlussbericht der Interministeriellen Arbeitsgruppe „Gesundheitliche Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche durch Corona“ (IMA), „Corona und Psyche“ (COPSY) der Universität Hamburg-Eppendorf, Ad-Hoc-Empfehlung des Deutschen Ethikrats) bestätigen die Notwendigkeit.

#### **Das Problem:**

Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene mit schweren psychischen Erkrankungen warten gegenwärtig zunehmend länger auf eine stationäre Aufnahme sowie auch auf einen ambulanten Behandlungsplatz. Viele finden überhaupt keine Möglichkeit der Versorgung ihrer psychischen Erkrankungen. Bleiben psychische Erkrankungen jedoch zu lange unbehandelt, steigt das Risiko für eine Chronifizierung und die Entwicklung der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen wird massiv beeinträchtigt.

#### **Die Delegiertenversammlung fordert...**

...die für die Sicherstellung der psychotherapeutischen Versorgung verantwortlichen Körperschaften auf, die notwendige und ausreichende Versorgung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsene grundsätzlich, insbesondere jedoch in der gegenwärtigen postpandemischen Krise zu gewährleisten. Dies kann einerseits durch Ausweitung der ambulanten Behandlungskapazitäten in Form zusätzlicher Sonderbedarfszulassungen erreicht werden. Zudem sehen wir die zwingende Erneuerung bestehender Ermächtigungen mit einem fachlich adäquaten Leistungsspektrum (z. B. LZT, Gruppenpsychotherapie), als Voraussetzung für eine angemessene Versorgung dieser Patient\*innengruppe. Diese Forderungen gelten solange die im Koalitionsvertrag vereinbarte Reform der Bedarfsplanung nicht zeitnah umgesetzt wird.